

INTERVIEW ZUR ZUKUNFT DER SOLARBRANCHE

66 99

# Die Photovoltaik frisst ihre Gründer

**Wagner und Co. war eine der ersten Solarfirmen. Weggefährte Klaus Köln von UFE »Umweltfreundliche Energieanlagen« über die Anfänge, die Gegenwart und die Zukunft der Solarbranche. Für CONTRASTE stellte die Fragen Friederike Grabitz.**

**Die Solarfirma Wagner & Co. hat Insolvenz angemeldet. Eine Zäsur?**

Ja, das ist besonders hart, weil es einer der ersten Betriebe ist, die in dem Bereich was gemacht haben.

**Habt ihr zusammen gearbeitet?**

Ja, Wagner & Co. hat unseren ersten Wechselrichter gebaut.

**Ihr wart beide selbstverwaltete Betriebe, die an einer Nischen-Technologie arbeiteten. Galtet ihr als Spinner?**

Auf jeden Fall. Das hat uns aber nicht viel ausgemacht. Zum Beispiel hatten wir so viele Geschäftsführer, wie wir Mitarbeiter waren. Aber die Zeiten haben sich geändert, und wir selbst auch. Wir sind professioneller geworden und haben die Grenzen der Selbstverwaltung kennen gelernt.

**Die da wären?**

Zum Beispiel, dass nicht jeder alles machen kann. Die Leute müssen sich spezialisieren. Den Jahresabschluss macht eben am besten der, der dafür besonders gut geeignet ist. Deshalb sind wir heute auch nicht mehr selbstverwaltet, und Wagner hat sich aufgeteilt in Führungspersonal und Angestellte, was nicht der ursprünglichen Idee der Selbstverwaltung entspricht.

**Habt ihr mehr Zeit mit Reden verbracht als heute?**

Nein. Jedenfalls nicht in der Entwicklungsabteilung, da reden wir immer noch sehr viel.

**Was bedeutet die Wagner-Insolvenz für die Solarbranche?**

Dass der produzierende Teil der Branche in Deutschland weitgehend am Ende ist. Hintergrund war die rasant beschränkte Einspeisevergütung [also die Absenkung der gesetzlich garantierten Preise für ins Netz eingespeisten Solarstrom, Anm. d. Red.] und der Ausbaudeckel [die gesetzl. Begrenzung neu gebauter Photovoltaik-Anlagen, Anm.]. Für Investoren sind dadurch die Perspektiven so schlecht geworden, dass die Nachfrage stark gesunken ist.

**Hatten die Solarfirmen eine gemeinsame Strategie, um den Absturz aufzuhalten, waren sie vernetzt?**

Leider nein. Es gibt eine dreifache Krise in der Solarbranche. Mit dem Wachstum der Photovoltaik gab es nicht mehr genügend Silizium, viele Firmen konnten nicht produzieren. Die Hersteller haben dann mit den Zulieferern langfristige und teure Lieferverträge gemacht, weil sie Angst hatten, dass das wieder passiert. Die Zulieferer haben Siliziumfabriken gebaut, mit dem Ergebnis, dass es dann zu viele gab. Jetzt hatten die Solarzellenfirmen Verträge mit viel zu hohen Preisen, und dann kam die Finanzkrise. Investoren haben Aufträge kurzfristig zurückgezogen. Und schon vorher hatten deutsche Maschinenhersteller in Asien schlüsselfertige Modulfabriken hochgezogen, die dann den deutschen Herstellern Konkurrenz machten. Dazu kamen dann die drastischen Einsparungen bei der Einspeisevergütung.

**Ist das Sterben der Photovoltaik politisch gewollt?**

Ja. Als es der Autoindustrie schlecht ging, hieß es, wir müssen diese Branche retten. Bei der Solarkrise dagegen sagte man: Das Wachstum muss begrenzt werden.

**Wagner & Co. verkauft ja weltweit, ließ sich der Einbruch des deutschen Marktes nicht abfedern?**

Dann muss der Exportanteil ein sehr großes Gewicht haben, sonst reicht das nicht. Deutschland hatte ja immer noch 60 Prozent des Weltmarktes für Photovoltaik.

**Wir haben jetzt von der produzierenden Industrie gesprochen, sind auch Firmen vom Niedergang der Branche betroffen, die hauptsächlich entwickeln?**

Man entwickelt dann, wenn auch eine Chance besteht, dass man produzieren kann. Die Investitionen in die Entwicklung sind deutlich reduziert worden, nachdem wir unsere frühere Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren hatten.

**Wer hat ein Interesse daran, wenn es der Photovoltaik-Branche schlecht geht?**

Der Erfolg der Photovoltaik hat deutliche Einschnitte beim Ertrag der konventionellen Energieunternehmen verursacht. Durch die engen Verflechtungen zwischen Energiewirtschaft und Politik war ein schnelles und effektives Umsteuern auf erneuerbare Energien, wie es von einer Mehrheit in der Bevölkerung gewünscht wird, nicht möglich. Es ist ein bedrohliches Szenario für einen

Energieversorger, wenn die Kunden sich selbständig machen und selbst zu Anbietern des Produktes werden, von dem sie selbst Jahrzehnte lang gelebt haben.

**Warum sind die Energieversorger nicht selber viel früher in diesen Markt eingestiegen?**

Da hat die Liberalisierung einen wesentlichen Einfluss. Sie haben nicht mehr das Personal und die Zeit, über zukunftsrichtige Technologien nachzudenken und darüber, wie man die Gesellschaft voranbringen kann. Entscheidend ist nur noch, wie man kurzfristig im Wettbewerb dasteht. Sie haben es verpasst, auf den Wandel zu reagieren.

**Mit einem nicht liberalisierten Strommarkt wäre eine schnelle Umstellung also möglich?**

Ja, das zeigt die Einführung der Atomenergie vor 50 Jahren. Die Politik hat das damals beschlossen und es wurde gemacht, obwohl die Energieversorger dagegen waren. Sie haben nur mitgemacht, weil die Politik alle Risiken übernommen hat. Die Einführung der Erneuerbaren sollte allerdings viel leichter sein als damals die Einführung der Atomenergie, nur hat man heute diese Strukturen nicht mehr.

**Aber die Energiekonzerne sprechen davon, in den Markt der Erneuerbaren groß einzusteigen – habt ihr als Salarionierte damit am Ende nicht Recht behalten?**

Das kam immer aus den Werbeabteilungen, dahinter stand nie eine Strategie.

**Es war also nicht ernst gemeint?**

Doch, das war ernst gemeint, denn sie haben ernsthafte Imageprobleme. Doch ich sehe keine erfolgreichen Technologien oder Investitionen dafür in der traditionellen Energiewirtschaft.

**Hat die Bundesregierung den Begriff Energiewende missbraucht?**

Eher vereinnahmt und in eine andere Richtung gebracht. Die ursprüngliche Energiewende

war etwas, das von unten kam, um die Risiken der Atomenergie loszuwerden und die Umweltprobleme nachhaltig zu lösen. In den 1980er Jahren hat man noch gedacht, das Problem sei vor allem, dass die Ressourcen irgendwann verbraucht sind. Heute sehen wir, dass die Luft eher verbraucht sein wird als die Energieträger. Es ist klar, dass es ohne erneuerbare Energien gar nicht gehen kann.

**Wird es den Umstieg geben?**

Jeder der wirtschaftlich rechnet, kommt zu dem Schluss, dass konventionelle Energie immer teurer wird, und erneuerbare wird billiger. Der Umstieg ist nicht aufzuhalten.

**Wird es 100 Prozent erneuerbare Energien in Deutschland geben?**

Es wird mehr als 100 Prozent geben. Vieles, was jetzt mit Ressourcenverbrauch verbunden ist, wird durch Energieverbrauch ersetzt werden, beispielsweise Stahl, der begrenzt ist, durch reichlich vorhandenes, aber energieintensives Aluminium.

**Können wir unsere ökologischen Probleme also durch Technologien lösen?**

Nein, die können wir nur lösen, wenn wir wirklich Verantwortung für die Erde übernehmen, und zwar über nationale und Blockgrenzen hinweg. ●

▼ Klaus Köln

Foto: Privat



BLOCKUPY AKTIONSTAG IN HAMBURG

## » Hafencity entern - Elbphilharmonie besichtigen!«

**Der gemeinsame regionale Aktionstag des Blockupy-Bündnis für Norddeutschland begann mittags bei gutem Wetter am Hamburger Hauptbahnhof. Das Millionengrab Elbphilharmonie war das ihres Ziel Protests.**

VON GASTON KIRSCHKE ● Redaktion Hamburg Hinter dem Leittransparent »Solidarity beyond Borders – for Democracy from below« gingen in weiße Plastikoveralls gewandete TrägerInnen mit Sonnenbrillen, gefolgt von Teilnehmenden mit aufgespannten Schirmen, auf denen etwa stand »Rise up!«. Die bunten Regenschirme mit Forderungen trugen aktive aus dem Hamburger »Recht auf Stadt!«-Bündnis, dass sich an der Demo beteiligte. Auch das Spektrum der »Interventionistischen Linken«, dessen Mitgliedsgruppen Blockupy mittragen, war gut vertreten. Winklemente gab es auch von der SDAJ und zahlreichen weiteren Organisationen. Erster Mai en miniature, nur ohne DGB-Apparat und SPD-Funktionäre. Auf unterschiedlichsten, originellen bis diffus wirkenden Transparenten der knapp 2.000 Teilnehmenden hieß es etwa: »Zu viele Wünsche, zu wenig Platz« oder »Fleischindustrie enteignen – Kapitalismus abschaffen!«. Daneben gab es Forderungen nach einer Stadt für Alle und einer Kritik der sozialen Ausschlüsse nach Verwertbarkeitskriterien bei der Modernisierung Hamburgs. Ein Schwerpunkt waren Solidaritätsbekundungen mit den vom Hamburger Senat illegalisierten Lampedusa-Flüchtlingen: »Wir sind auch Lampedusa!« oder »Gemeinsam und international – Wohnen, Arbeit, Mindestlohn – Bleiberecht für Alle!«. Oder wie der norddeutsche Blockupy-Sprecher Christoph Kleine »Wir sind nicht damit einverstanden, dass der Kapitalismus auf dem Rücken der Beschäftigten und Arbeitslosen, der RentnerInnen, MigrantInnen und Jugendli-



Foto: Giovanni Lo Curto

chen gerettet wird. Gemeinsam sagen wir: Wir schulden nichts, wir zahlen nicht!«

Die bunte, einladend offene Demonstration lief in losen Reihen an verschiedenen Krisenakteuren vorbei. So gab es eine Kundgebung vor dem Sitz der in der Stadt einflussreichen Handelskammer, die an der Rückseite des Rathauses anschließt. Der gemeinsame Innenhof ist ein Symbol für die enge Verbindung zwischen Handelskapital und Hamburgs Bürgerschaft und Senat. Abschließend ging es in die Hafencity, den neuen, hochpreisigen Retortenstadteil direkt an der Elbe. »In diesem herausgeputzten Areal wird augenfällig, wohin die Mittel fließen, die den Prekarisierten, Refugees, Familien und Millionen anderer Menschen für ein gutes Leben fehlen«, hieß es im lokalen Demo-

aufzug. »Das Ziel ist die Baustelle der Elbphilharmonie, das weithin sichtbare Symbol für protzige Elitenkultur, Korruption und Verschwendung in Hamburg. Wie praktisch, dass an diesem Tag dort auch offiziell zu Besichtigungen eingeladen wird...« Dabei nahm die Polizei die vollmundige Lösung des norddeutschen Blockupy-Bündnisses Lösung »Hafencity entern - Elbphilharmonie besichtigen!« zum Anlass für einen martialischen Aufmarsch an Personal und Bürgerkriegsequipment. Denn am gleichen Tag veranstaltete die Stadt Hamburg einen »Tag der Elbphilharmonie«. Besuchergruppen konnten die Baustelle besichtigen, zahlreiche Bands spielten vor dem fast fertigen Prunkgebäude auf einer Bühne. Der Bau der »Elphi« ist in der Stadt umstritten, nicht zuletzt, weil die Kosten für die »Gläserne Welle«

auf einem alten Kaispeicher von zunächst veranschlagten 77 Millionen Euro auf mittlerweile 789 Millionen Euro gestiegen sind – finanziert aus dem kommunalen Haushalt, während gleichzeitig soziale und kulturelle Ausgaben etwa in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt werden wegen angeblichem Sparzwang zur Haushaltskonsolidierung. Die Eröffnung wurde mehrmals von 2010 auf 2017 verschoben, die »Elphi« wird durchgezogen im Rahmen des Unternehmens Hamburg, um die Stadt mit elitärer Hochkultur als weichem Standortfaktor für Unternehmen attraktiv zu machen. Protest stört beider Selbstoptimierung im internationalen Wettbewerb und so veranstalteten die 1.000 eingesetzten PolizistInnen, die bereits während der Demonstration selbige einmal kurz aufgestoppt hatten, einen recht massiven Einsatz: Nachdem die Versammlungsleitung den offiziellen Teil beendet hatte, versuchten ein paar hundert Teilnehmende zur »Elphi« zu gelangen. Einige, die durchkamen, veranstalteten eine Sitzblockade im Eingangsbereich der »Elphi«. Die wurde sofort von einer Hundertschaft handfest beendet. Gegen eine größere Gruppe, welche an einer Polizeikette vorbei wollte, wurden Pfefferspray und Hochdruckwasserwerfer eingesetzt. Offizieller Anlass: eine Böllerwurf und ein in Richtung Polizeikette geworfener Stuhl einer Außengastronomie. Es gab kein Durchkommen mehr, der neue Retortenstadteil Hafencity mit der »Elphi« mittendrin wurde weiträumig abgesperrt – passieren durften nur der Polizei unverdächtig Erscheinende. Die massive Polizeipräsenz störte die Inszenierung vom »Tag der Elbphilharmonie« vermutlich nachhaltiger als die Proteste. Blockupy-Sprecher Christoph Kleine nannte den Polizeieinsatz zutreffend »völlig überzogen«. ●